

# Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.  
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom  
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands  
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen:  
Für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 30  $\mathcal{M}$ ,  
für Versammlungsanzeigen 10  $\mathcal{M}$  pro Zeile.

## Notwendige Maßnahmen gegen die Verteuerung der Lebensmittel!

Die Preise für alle unentbehrlichen Nahrungsmittel ziehen, wie schon in voriger Nummer an dieser Stelle dargetan wurde, in bedrohlichstem Maße an. Unser d-Mitarbeiter schreibt uns zu dieser, die Arbeiter außerordentlich interessierenden Tatsache:

Fleischwaren sind seit Beginn des Krieges im Detailverkauf um 10 bis 40 pZt. teurer geworden. Auf dem Viehmarkt dagegen kosten nur die mittleren und besten Sorten von Schlachtrindern und Mastschweinen um höchstens 10 pZt. mehr als Mitte Juli; Jungvieh erzielt sogar jetzt nur etwas niedrigere Preise als vor zwei Monaten. Das Angebot auf den Viehmärkten ist nämlich jetzt im allgemeinen sehr groß. Die Ursachen hiervon sind klar. Die Viehteuerung in den letzten Jahren reizte in hohem Maße zur Viehzucht an. Nach den kürzlich bekanntgegebenen Ergebnissen der Viehzählung vom 1. Dezember 1913 vermehrte sich seit dem gleichen Termin 1912 der Rinderbestand um 812 323 Stück (oder um rund 4 pZt.) auf 20 994 344 Stück, der Bestand an Schweinen und Ferkeln um 3 735 433 Stück (oder über 17 pZt.) auf 25 659 140 Stück. Als nun nach Beginn des Krieges die Futtermittel schnell knapp wurden und im Preise stiegen, brachten viele Züchter ihre Jungviehbestände ganz oder zum Teil auf den Markt, um Futterkosten zu sparen. Die Großhandelspreise mußten nun infolge des Preisangebotes etwas nachlassen. Stellen sich nun trotzdem die Detailpreise allgemein höher als vor dem Kriege, so trifft die Schuld daran lediglich die Schlächter, welche die Zeiten ausnutzen, um Extraprofite zu erzielen. Leider hat die Regierung bisher noch nichts getan, um solcher Benachteiligung der Konsumenten wirksam zu steuern. Wohl aber traf sie mit ihrem Verbote der Schlachtung von Rinderkühen unter sieben Jahren und Kälbern unter 75 kg Gewicht sowie mit ihrer den Verwaltungsbehörden erteilten Befugnis, nach Gutdünken auch die Schlachtung junger Schweine zu hindern, eine Maßnahme, die ein direkter Anreiz zur Fleischpreissteigerung werden kann. Das reichliche Angebot auf den Märkten wird nun aufhören und die Folge davon ein weiteres, kräftigeres Anziehen der Vieh- und Fleischpreise sein! Die Regierung begründet ihre Anordnung damit, daß ein großer Viehbestand gesichert bleiben müsse. Das ist gewiß richtig — aber am wichtigsten ist es jetzt doch, die Ernährung der Bevölkerung, vor allem ihre Fleischnahrung, zu angemessenen Preisen zu sichern!

Auch der abnorm hohe Preisstand des Getreides und Mehles dauert noch an. Die Ernte von Roggen, Hafer, Weizen und Gerste war durchaus befriedigend. Aber die vorhandenen Vorräte gelangen nicht an den Markt, weil sie teils von den berufsmäßigen Spekulanten, teils von den Produzenten selbst zurückgehalten werden. Natürlich nur zum Zwecke einer noch kräftigeren Preissteigerung. Begünstigt werden die Macher in ihrem Tun durch die Tatsache, daß noch immer keine umfassenden amtlichen Preisnotierungen von den verschiedenen Stapel- und Marktplätzen vorliegen. Es ist daher nicht möglich, die Getreide- und Mehlspreisbildung an der Hand amtlicher Notierungen zu kontrollieren. Im ersten Kriegsmonat wurde die Körnerpreiserhöhung mit den gewaltigen Einkäufen begründet, welche die Proviantämter für das Heer tätigten. Sie überboten sich gegenseitig die Preise, um möglichst schnell die benötigten Mengen hereinzubekommen. Diesem Unwesen wollte die Re-

gierung durch Einrichtung einer „Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung“ ein Ende machen. Mit Hilfe der Landwirtschaftskammern und Landräte, denen die Aufgabe der Auffindung aller in ihrem Bezirke bei Händlern, Produzenten und Mühlen lagernden Vorräte obliegt, soll die Zentralstelle allmonatlich die notwendigen Mehl- und Getreidequanten ankaufen und auf die einzelnen Militärdepots verteilen. Aber trotz dieser Einrichtung sind die Preise bisher noch nicht gefallen. Die Großhändler rechnen mit einer noch größeren Verteuerung und reichen der Zentralstelle natürlich nur Angebote mit hohen Preisen ein. Dazu machen sie zum Teil noch Leerverkäufe, das heißt, sie bieten Quantitäten zu hohen Preisen an, die sie noch gar nicht besitzen und sich erst selbst beschaffen müssen, wenn sie den Lieferungsantrag erhalten. Große Mengen von Getreide werden so auf einmal vom Markt verlangt, was natürlich nicht preisdrückend wirken kann. Auch der Staffeltarif, den die Regierung für Getreide, Mehl und Kartoffel erließ, hat bisher in dieser Richtung noch keinen Erfolg gezeitigt. Er wurde nötig, damit ohne allzu erhebliche Frachtverteuerung der Süden und Südwesten Deutschlands, der bis zum Kriege hauptsächlich ausländisches Getreide konsumierte, seinen Bedarf in den östlichen Provinzen Deutschlands decken konnte. Hierdurch wurden an sie noch größere Ansprüche als im Frieden gestellt, was abermals ein Sinken der Preise verhinderte.

Das Hauptnahrungsmittel, die Kartoffel, steigt nun gleichfalls ganz gewaltig im Preise. In wenigen Wochen erhöhten sie sich im Großhandel um M. 2 bis M. 2,50 pro Zentner. Für erste Qualitäten werden jetzt M. 4 bis M. 5,50 für den Zentner verlangt! Dabei wird die Ernte auf rund 34 Millionen Tonnen erster Güte geschätzt, ein Quantum, das nur um 5 Millionen Tonnen hinter der Rekorderte des vergangenen Jahres zurückbleibt. Rechnet man nun auf den Kopf der 70 Millionen Einwohner Deutschlands unter Berücksichtigung der durch Faulen unverwendbar werdenden Mengen einen Durchschnittsjahresverbrauch von 0,3 Tonnen, was wahrscheinlich schon zu hoch gegriffen ist, so würde die zur menschlichen Ernährung erforderliche Menge 21 Millionen Tonnen ausmachen und noch 13 Millionen Tonnen für die Viehfütterung und andere Zwecke verwendbar bleiben. Von einer Kartoffelnot kann also nicht im entferntesten die Rede sein — und trotzdem diese ungeheuerlichen Kartoffelpreise, die daher auf die wucherischen Valorisationsversuche der Großhändler und Produzenten zurückzuführen sind!

Um dieser unverschämten Volksausbeutung durch Lebensmittelwucher ein für allemal ein Ende zu machen, bleibt unsers Erachtens der Regierung nur ein einziges, wirklich erfolgreiches Mittel: die Festsetzung von Höchstpreisen unter Statuierung des Verkaufszwanges! Natürlich ist es unmöglich, für ganz Deutschland gültige Einheitspreise festzusetzen. Auch wäre es zu umständlich, einen generellen Höchstpreis für das Reichsgebiet zu normieren, zu dem dann nach der besonderen Lage in den verschiedenen Landesteilen Zuschläge gemacht werden könnten. Der beste Weg, alle widerstreitenden Interessen auszugleichen, dünkt uns die Festlegung von Höchstpreisen in den Gebieten der verschiedenen Regierungsbezirke zu sein! Nach einer Aufnahme der in den einzelnen Bezirken vorhandenen Vorräte, der Untersuchung der Möglichkeit und Kosten ihrer Ergänzung aus den Hauptproduktions-

gebieten unter Berücksichtigung des wahrscheinlichen Verbrauches, müßte es ein leichtes sein, Höchstpreise zu normieren, die eine Bewucherung der Konsumenten unmöglich machten und gleichzeitig den Händlern und Produzenten einen angemessenen Geschäftsgewinn sicherten. Die Beamten-schaft für ein solches Vorgehen in den Regierungsbezirken ist vorhanden. Zur Untersuchung der sachlichen Fragen ließen sich schnell Kommissionen aus den Kreisen der Händler und Verbraucher bilden. Abgeordnete der Arbeitergewerkschaften und die Vorstände der Konsumvereine wären als die berufensten Vertreter der Konsumenten zur Mitarbeit in solchen Kommissionen gern bereit. Vorbedingung für eine erfolgreiche Arbeit in dieser Richtung wäre natürlich der Erlaß eines Anmeldezwanges für alle Nahrungsmittelvorräte, die unter Höchstpreise gestellt werden sollen. Ferner müßte die Brotgetreideverfütterung an Vieh verboten werden,

weil sie die Vorräte vermindert und so preissteigernd wirkt. Indes, das alles sind Maßnahmen, die sich bei einem Betreten des von uns angezeigten Weges von selbst ergäben.

Daß die Regierung sich bisher scheute, solche und ähnliche Maßregeln zu ergreifen, die gewissermaßen ein Recht der Allgemeinheit auf angemessene Versorgung zum Gesetz stempelten, begreifen wir sehr wohl. Angesichts der schweren Zeit aber, die über uns hereingebrochen, darf die Regierung nichts unterlassen, die herrschende Teuerung und damit die Gefahr einer Unterernährung des Volkes aus der Welt zu schaffen. Das Spekulantentum wird die Preise noch immer höher treiben, wenn ihm nicht Einhalt geboten wird. Die Interessen der Allgemeinheit sind den seinen entgegen. Aber dennoch muß ihnen entsprochen werden, denn sie gehen allen privaten Sehnsüchten auf Konjunkturgewinne vor!

### An die Frauen der Kriegsteilnehmer!

Mit dem 1. November d. J. haben die Frauen der zum Kriegsdienst einberufenen Ehemänner die erste erhöhte Kriegsunterstützung zu beanspruchen. Diese beträgt für die Monate November bis April vom Staate für die Ehefrauen monatlich M. 12, wie schon in Nr. 35 des Verbandsorgans erwähnt worden ist. Dagegen tritt in den Unterstützungsätzen für die Kinder unter 15 Jahren (auch für die unehelichen) und die sonstigen unterhaltungsbedürftigen Familienmitglieder keine Veränderung für die obenerwähnten Monate ein. Es bleibt hier bei den bisher gewährten Sätzen von monatlich M. 6, wenn nicht von den Gemeinde- oder Stadtverwaltungen aus kommunalen Mitteln Extrazustimmungssummen hinzubewilligt werden. Da die Gemeinde- und die kleineren Stadtverwaltungen von diesen Veränderungen am 1. November d. J. wohl nichts wissen werden beziehungsweise wollen, so mögen die Ehefrauen der Kriegsteilnehmer auf diese Veränderungen hinweisen und auf die Auszahlung der erhöhten Kriegsunterstützung dringen. Es ist jetzt schon vorgekommen, daß einige Gemeindevorsteher die alten Unterstützungsätze auf Grund des Gesetzes vom 28. Februar 1888 — also M. 6 und M. 4 — auszahlen und einige überhaupt vorläufig nichts geben wollten, so daß erst die Beschwerte in Instanzen (Kreisdirektionen und Landratsämter) zur Erledigung angerufen werden mußten. Selbst ein Bezirkskommando mußte erst förmlich dringend zur Herausgabe und Ausstellung einer Bescheinigung zur Kriegsunterstützung für ein uneheliches Kind aufgefordert werden, weil es sich anfangs auf das vorerwähnte alte Gesetz berief, wonach bisher den unehelichen Kindern keine Kriegsunterstützung zuteil wurde.

Aus vorstehenden Beispielen dürfte die Ehefrauen der Kriegsteilnehmer ersehen, wie notwendig es ist, die Verbandszeitungen zu lesen, damit sie vom zustehenden Rechte auch in diesen Dingen unterrichtet sind. Auf die Gemeinde- und Stadtverwaltungen sich allein überall zu verlassen, dürfte im eigenen Interesse nicht angängig sein, sondern die Selbstbelesenheit hierin wesentlich zum Vorteil beitragen. Versagen dennoch die Gemeinde- und Stadtverwaltungen, so wende man sich an die erwähnten Aufsichtsinstanzen, andernfalls an die Leiter der Arbeiterorganisationen, die gerne helfend eingreifen werden.

R. V.

### Die Zukunft der Kultur.

Th. Berlin, 25. Oktober.

Das lateinische Wort Kultur gehört zu denen, die sich nicht leicht verdeutschen lassen, so oft und allgemein es auch angewendet wird. Ursprünglich bedeutete Kultur das Urbarmachen von Landstreden, ihre Bebauung mit Feldfrüchten und ihre sonstige Bearbeitung. Dieser ursprüngliche Sinn ist auf das Geistesleben der Völker übertragen worden, so daß unter Kultur auch die Ausbildung und Entwicklung der geistigen Kräfte und deren Neuerungen zu verstehen ist. Spricht man von der höheren oder geringeren Kultur eines Volkes, so meint man damit das Maß seiner durchschnittlichen Bildung, die Art seines Lebens, die Summe seiner wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Leistungen, kurz die Gesamtheit seines wirtschaftlichen und geistigen Seins.

Das Gegenteil von Kultur ist Barbarei, der rohe Urzustand, in welchem der Einzelmensch oder ein Volk sich nur von dem Bestreben, seine eigenen Wünsche zu befriedigen, leiten läßt. Alles gilt als erlaubt, wozu die Kraft, es zu tun, ausreicht. Fremde Rechte werden nicht anerkannt; die Macht allein, die durch die körperliche Kraft dargestellt wird, entscheidet.

Zeigt uns die Menschheitsgeschichte, daß ihr Verlauf einen zwar langsamen und manchmal durch Rückschläge unterbrochenen, im großen und ganzen aber doch beständigen Aufstieg zu größerer Kultur und damit zum immer weiteren Entfernern vom rohen Urzustand gebracht hat, so ist das namentlich in der Tatsache begründet, daß Einzelwesen wie ganze Völker auf die schrankenlose, willkürliche Ausnutzung ihrer größeren Kraft Verzicht geleistet haben, daß sich zwischen Wunsch und Handlung der Begriff „Recht“ einschob, daß also nicht mehr alles als erlaubt galt, was zu tun möglich gewesen wäre. Das Recht legt dem einzelnen bestimmte Schranken auf, die er nicht überschreiten darf. Das Recht nimmt somit dem einzelnen etwas. Aber es gibt ihm auf der andern Seite auch etwas,

nämlich die Sicherheit, daß auch andere nicht unversehens über ihn herfallen dürfen. Das Recht ist so zur Grundlage aller Kultur geworden. Ohne Recht keine Bildung, keine gemeinsame Arbeit, kein Schutz der Schwachen, keine Sicherung des Arbeitsertrages.

Von dieser Hochschätzung des Rechts an sich dürfen wir uns nicht dadurch abbringen lassen, daß heutzutage unter der Firma „Recht“ gar manches verzapft wird, was schreiendes Unrecht ist. Das in Gesetzesparagrafen gegoffene Recht deckt sich durchaus nicht mit dem, was von einer großen Menge, oft vom größten Teile eines Volkes als Recht erkannt und erstrebt wird. Doch das ist eine andere Frage. Die Benachteiligten müssen eben suchen, die Gesetze so zu gestalten, wie es ihren Ansprüchen an das Recht entspricht. Dieses Ringen um die Gestaltung des paragrafisierten Rechts macht den politischen Kampf aus. An sich bleibt es aber dabei, daß das allgemein gültige Recht die Grundlage der Kultur ist.

Nun bedarf es keines besonderen Nachweises, daß der Krieg nicht nur eine Durchbrechung, sondern eine direkte Verneinung des zu normalen Zeiten als Recht geltenden Zustandes bedeutet. Im Kriege gilt wieder nur das rohe Recht des Stärkeren. Wer die meisten und besten Truppen ins Feld schicken kann, wer die besten und wirksamsten Vernichtungswerkzeuge besitzt, wer am sorgfältigsten seine Vorbereitungen getroffen hat, wer am sichersten die Schwächen seines Gegners auszuspähen und auszunutzen versteht und dessen Geldbeutel am längsten vorhält, der bleibt Sieger, mag er innerlich im Rechte sein oder nicht. Wäre Deutschland beim gegenwärtigen Kriege noch so sehr sachlich im Rechte, das würde nicht seine Niederlage verhindern können, wenn nicht die eben erwähnten, im Kriege allein entscheidenden Faktoren auf seiner Seite ständen. Oder hätten die Feinde Deutschlands recht, welche in ihm den Friedensbrecher erblicken, so würde trotzdem der Sieg Deutschlands von vornherein gesichert sein, wenn sein Heer und seine Kriegsführung eine größere Summe von Kraft und damit von Macht verkörpern als seine Feinde aufzubringen vermögen.

Der Sieg in einem Kriege besagt somit nicht, daß der Sieger im Rechte gewesen ist. Der Sieg läßt nur erkennen, wer der Stärkere war. Wir Deutschen freuen uns selbstverständlich, daß nach aller Voraussicht der Krieg zu unseren Gunsten verlaufen wird, weil wir sonst als Besiegte uns die Friedensbedingungen diktieren lassen müßten, während wir als Sieger den unterlegenen Feinden die Bedingungen vorschreiben können. Aber, wie gesagt, wenn wir nicht durch Dokumente nachzuweisen vermöchten, daß Deutschland der Angegriffene, zur Kriegserklärung also berechtigt gewesen ist, aus dem günstigen Verlaufe des Krieges könnte dieser Beweis nicht gefolgert werden. Und eben deshalb, weil der Kriegserfolg unabhängig vom Rechte ist, widerspricht der Krieg, abgesehen von vielen andern seiner Begleiterscheinungen, dem Kulturempfinden, das auch der Kraft und der Macht nur auf Grund und im Rahmen des Rechtes die Betätigung erlaubt.

Auch sonst werden wertvolle Kulturgüter durch den Krieg vernichtet. Sonst herrscht Freude, wenn die Ladung eines vom Seesturme bedrohten Schiffes gerettet werden konnte. Heute verkünden die Zeitungen mit dickster Schrift als prächtigen Erfolg, wenn den Feinden möglichst viele Schiffe mit wertvollen Ladungen in den Grund gebohrt worden sind. Sonst würden die immer inniger sich gestaltenden internationalen Verbindungen technischer, künstlerischer, wissenschaftlicher Körperschaften als Beweis fortschreitender Kultur gepriesen. Heute gilt es als patriotisch, die mühsam angeknüpften Fäden internationaler Beziehungen zu zerreißen. Die ärztliche Kunst ist bemüht, mit allen ihr bekannten Mitteln Krankheiten zu verhüten und dem Tode seine Beute zu entreißen. Heute speien drüben wie hüben fürchterliche Werkzeuge Tod und Verderben über Millionen aus. Erst dann, wenn die Vernichtung ihr Werk vollendet hat, setzt die ärztliche Kunst ein. Widersprüche über Widersprüche.

Da ist jeder Versuch zu begrüßen, der darauf gerichtet ist, die Menschen daran zu erinnern, daß der Krieg kein

normaler Zustand ist, daß nach ihm wieder Frieden kommen wird und daß dann alle die Fäden wieder aufgenommen und fortgesponnen werden, die der Krieg gerissen hatte. Einen solchen Versuch hat in dankenswerter Weise der italienische Gelehrte Domenico Gecoli unternommen. In einem Buche, dem er den Titel „Die vereinigten Staaten Europas“ gegeben hat, hebt er zunächst die hohe Bedeutung Deutschlands für die Fortschritte auf allen Kulturgebieten lobend hervor. Für jeden, der Deutschland kenne, sei es nicht nur ein Gegenstand der Bewunderung, sondern auch der Sympathie für die im privaten wie im Familienleben betätigte Tüchtigkeit. Nachdem die Deutschen in die unergründlichsten Tiefen des Geistes und der Natur hinabgestiegen und in die Harmonien der Welten gedrungen seien, um sie in erhabener Erkenntnis wiederzugeben, und nachdem sie durch Wissenschaft ihren Waffen den Sieg gesichert, hätten die Deutschen die ganze Welt in Erstaunen gesetzt, indem sie den Geist ihrer Disziplin im praktischen Leben anwandten, ganz ungeahnte Fähigkeiten zutage treten ließen und zu Rivalen der ältesten und mächtigsten Nationen in Industrie und Handel zu Wasser und zu Lande wurden. Die Abneigung gegen Deutschland, die mehr oder weniger stark in jedem Lande Europas bemerkbar sei, müsse zum guten Teile zurückgeführt werden auf den Neid und die Eifersucht über Deutschlands stolzen Eroberungen auf allen Gebieten menschlichen Wirkens.

Aber auch Frankreich habe seit Jahrhunderten eine unbestritten mehr geistige als militärische Herrschaft in Europa innegehabt. Paris sei mit seiner unerschöpflichen Genialität ein beständiger Brennpunkt des Lebens gewesen. Durch die Stimme seiner Schriftsteller habe es die Welt gezwungen, mit seinem Hirn zu denken, mit seinem Herzen zu fühlen. — Dem Denkenden sei es unmöglich, in dem furchtbaren Kriege für eines dieser beiden Völker und gegen das andere Partei zu nehmen, sondern jeder müsse wünschen, daß durch den grauenhaften Krieg die menschliche Kultur nicht zurückgeworfen werde. In Wirklichkeit sei es ja nicht die Kultur als vielmehr deren Unvollkommenheiten, die bei beiden großen Völkern den Grund des Kampfes gegeben haben.

Wie könne für die Zukunft die Gefahr eines Krieges beseitigt werden? Nicht dadurch, daß einer den andern bis zur Vernichtung entkräftet; denn das würde einen beständigen Zustand des Aufruhrs bedeuten, einen dauernden Krieg. Das einzige Mittel sei vielmehr ein Bündnis der Völker. Die Geschichte wisse nichts von einem nicht zu besänftigenden Haß. Die großen Krisen gestalten die Seelen der Völker um, öffnen neue Gefühle und Gedanken, führen zu Neugestaltungen, die bisher unglücklich schienen. Die Zukunft der Kultur beruhe in der Bildung der Vereinigten Staaten Europas, wie Maeterlinck hoffe. Das werde nicht sofort geschehen; aber aus dem schrecklichen Ringen Deutschlands und Frankreichs möge diese Vision in dieser qualvollen Stunde ihr reines Licht über das unermeßliche Meer von Blut senden.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. Kassengeschäftliches.

Die Abrechnung über das dritte Quartal sollte bis spätestens zum 15. Oktober bei der Hauptkasse eingegangen sein; trotz alledem haben mehrere Zahlstellen bisher weder Abrechnung noch Zentralfondsbeiträge eingekassiert. Dieselben werden hiermit dringend an ihre Pflicht erinnert. Gleichzeitig weisen wir nochmals darauf hin, daß unter allen Umständen auch die Mitgliederbeitragsliste mit einzufenden ist, und zwar muß dieselbe so ausgefüllt sein, daß aus derselben die Beitragsleistung jedes Mitgliedes hervorgeht. Letzteres ist ja grade der Zweck der Listen, weshalb wir gehalten sind, alle Listen, welche nicht korrekt ausgefüllt sind, wieder zurückzusenden. Verzichten kann die Hauptkasse auf keinen Fall auf die Mitglieder-Beitragslisten, da dieselben unsern Unterstützungs-Einrichtungen zur Kontrolle dienen.

Des weiteren sandten eine Anzahl Zahlstellen bisher die Quittungen über die verausgabten Familienunter-

stützungen nicht ein; dieselben sollten bis zum 23. Oktober bei der Hauptkasse eingelaufen sein. Wir müssen deshalb hiermit ausdrücklich noch einmal betonen, daß Quittungen, die nicht bis zum 4. November eingegangen sind, später nicht mehr in Zahlung genommen werden können. Es liegt also im eigenen Interesse jedes Zahlstellenassistenten, die Quittungen sofort einzuliefern.

**Adolf Römer, Kassierer.**

**Sekundarmachungen der Gauvorfände.**

**Gau 16 (Württemberg).**

**Bericht über das dritte Quartal 1914.**

Durch die Agitation im zweiten und dritten Quartal 1914 waren die Orte Alen, Friedrichshafen und Oberndorf so weit bearbeitet, daß dort in nächster Zeit zur Gründung von Zahlstellen hätte geschritten werden können. Der Geschäftsgang im Baugewerbe war am Anfang des dritten Quartals ein besserer als im zweiten, und mit Bestimmtheit war darauf zu rechnen, daß das zweite Halbjahr 1914 für unsere Organisation und deren Fortschritt günstiger sein werde als das erste Halbjahr.

Der unerwartete Ausbruch des Krieges hat in den Zahlstellen eine große Verwirrung angerichtet, nicht bloß bei unseren Mitgliedern, sondern auch in den Reihen der Unternehmer. Der erste Gedanke bei vielen unserer Kameraden war, daß die Organisationen jetzt aufgehört hätten zu existieren und Beiträge nicht mehr geleistet zu werden brauchten. Einzelne vertraten sogar die Ansicht, daß Zahlstellenvermögen müsse unter die Mitglieder aufgeteilt werden. In den ersten zwei Wochen nach Ausbruch des Krieges war dadurch, daß viele Unternehmer ebenfalls einrückten mußten und ihre Betriebe schlossen, eine ziemlich umfangreiche Arbeitslosigkeit eingetreten. Diejenigen Mitglieder, die zu Hause etwas Grundbesitz haben, sind in die Heimat abgereist und verrichten dort ihre Feldarbeiten. Die Vermittlung von Arbeitskräften zu Erntearbeiten nach größeren landwirtschaftlichen Betrieben im Sinne der Vorstandskonferenz hatte in Württemberg den erwünschten Erfolg nicht. Ja, wenn unsere Kameraden mit einem Hungerlohn zufrieden gewesen wären und eine schlechte Verpflegung ertragen hätten, dann würden sie vielleicht Beschäftigung erhalten haben. Die Landwirte erklärten den sich zur Arbeit anbietenden, die Stuttgarter wollten jeden Tag Braten essen, solche Arbeitskräfte könnten sie nicht gebrauchen, sie machten ihre Arbeit allein.

Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder ist gegenwärtig bis auf einen kleinen Teil zurückgegangen. An einer Reihe von Staats- und Privatbauten, an welchen während der ersten drei bis vier Wochen nach der Mobilmachung der Betriebe ruhte, ist die Arbeit wieder vollständig aufgenommen; jedoch handelt es sich hier bloß darum, die in Friedenszeiten angefangenen Arbeiten zu vollenden, Neubauten werden nirgends begonnen und beim Eintritt von schlechter Witterung respektive Frostwetter werden unsere Kameraden wieder in großer Anzahl arbeitslos werden.

In einigen größeren Gemeinden sind umfangreiche Erdarbeiten vorgegeben, an welchen sich jeder Arbeitslose, insofern er kräftig genug ist, beteiligen soll. Wo Unterstützungszuschüsse geleistet werden, sind dieselben davon abhängig gemacht. Neben den Städten Stuttgart und Feuerbach, die schon längere Zeit die städtische Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, sind noch die Städte Heilbronn, Öhlingen und Gmünd zu verzeichnen, die ebenfalls Mittel zu diesem Zweck eingestellt haben. Wenn jedoch der Grundgedanke des Ministers des Innern durchgeführt werden soll, wonach für Wohnung, Kleider und Nahrung aller Hilfsbedürftigen gesorgt werden muß, dann müssen die Behörden zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit noch viel umfangreichere Maßnahmen treffen.

Bezüglich der Lebensmittelpreise ist zu berichten, daß mit Ausnahme der Brotpreise keine Steigerung eingetreten ist; für Butter, Schmalz und verschiedene Fleischsorten sind die Preise sogar zurückgegangen; auch ist eine reiche Kartoffelernte zu erwarten.

Was die Zuschüsse der Gemeinden zu der Unterstützung der Familien der im Felde Stehenden anbetrifft, so sind diese verschieden, sie betragen 25 bis 75 pZt. der staatlichen Unterstützung. Um diesen Zuschuß zu erhalten, ist jedoch Vorbedingung, daß der Empfänger keinen Notpfennig und keinerlei laufende Einnahmen hat; aus diesem Grunde sind viele Anträge auf Zuschuß von den Hilfsausschüssen zurückgewiesen worden, es sind sogar Frauen von unsern im Felde stehenden Mitgliedern, welche in die Fabrik gehen und täglich M. 2 verdienen, jedoch keine Kinder haben, von der staatlichen Unterstützung ausgeschlossen worden. In manchen Orten ist übrigens noch nicht einmal die staatliche Unterstützung zur Auszahlung gelangt; auch gibt es Gemeinden, die überhaupt keinen Zuschuß leisten.

Eine Anzahl Unternehmer bezahlen die laufenden Krankenkassenbeiträge für die am Ausmarsch Beteiligten, damit deren Kinder und Frauen bei Krankheitsfällen unentgeltliche Arzneimittel und ärztliche Hilfeleistung beanspruchen können. Weiter gibt es Unternehmer, allerdings in nicht sehr großer Anzahl, welche den Ausmarschiertern eine Unterstützung in der Höhe von M. 10 bis 20 zukommen lassen. Die Familienunterstützung durch unsern Verband ist von den Frauen der Ausmarschiertern dankbar anerkannt worden. Leider müssen viele Frauen, deren Männer vor dem Krieg wegen Schulden gestrichen sind, für diese Gleichgültigkeit büßen.

Ueber die Maßnahmen unserer Organisation während des Krieges wurde in verschiedenen Versammlungen referiert und die Gründe hierfür vorgetragen. In der Diskussion wurden Ansichten vertreten, die Familienunterstützung bedeute eine Stärkung des Militarismus, ferner hätte keine Instanz als die Generalversammlung das Recht, Streichungen an der Arbeitslosenunterstützung vorzunehmen usw. Es war ein leichtes, diese Bedenken zu widerlegen.

Ueber die Einhaltung der Tarifverträge ist zu berichten, daß durch die umfangreiche Arbeitslosigkeit in verschiedenen Orten mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet wird. Die Tariflöhne wurden mit Ausnahme von zwei Unternehmern (Freudenstadt und Wildbad) eingehalten.

Mit der Arbeitslosigkeit ist es nicht sonderlich bestellt. In Öhlingen ist fast gar keine Arbeit vorhanden. Schlecht ist auch die Arbeitslosigkeit in Freudenstadt. Hier hat der Unternehmer Clausner, Mitglied des Arbeitgeberverbandes, den tariflichen Stundenlohn um 5 % gekürzt; Gegenmaßnahmen sind getroffen. In Gmünd ist die Konjunktur ungünstig, da-

gegen sind in Öpplingen alle Kameraden beschäftigt. In Weidenheim verrichten unsere Mitglieder meistens Feldarbeiten; mit der Zimmerarbeit steht es schlecht. Heilbronn leidet unter starker Arbeitslosigkeit; Notstandsarbeiten sind bis jetzt nicht in Angriff genommen. In Kirchheim u. Teck sind alle Mitglieder bis auf 2 eingezogen. In Konstanz herrscht schlechte Arbeitsgelegenheit. In Nürtingen sind die noch vorhandenen Mitglieder, 13 Mann, sämtlich in Arbeit. Auch in Öehringen sind unsere Kameraden, 7 an der Zahl, noch beschäftigt. In Radolfzell sind noch 2 Mitglieder vorhanden; der Geschäftsgang ist schlecht. In Reutlingen steht es nicht besser; 2 Zimmereingestellte sind geschlossen; Mitglieder sind noch 6 vorhanden. Die Zahlstellen Ravensburg, Rosenberg und Schweningen sind ebenfalls stark zusammengeschmolzen. In Stuttgart sind 420 Mitglieder eingezogen, circa 230 sind noch vorhanden. Es waren in den ersten zwei bis drei Wochen des Krieges 80 Kameraden arbeitslos gemeldet. Gegenwärtig stehen ziemlich alle in Arbeit. Eine größere Anzahl war an den Barackenbauten für den Truppenübungsplatz Münchingen beschäftigt. Die Stuttgarter Unternehmer, welche diese Arbeiten ausführten, glaubten nun, von der Zulage, die laut Tarifvertrag pro Tag M. 2 beträgt, M. 1 abbrechen zu dürfen, weil sie ja diese Arbeiten bloß im Interesse der Arbeiter übernommen hätten und durchaus nichts daran verdienten. Auch glaubten sie, dieses als Gegenleistung verlangen zu dürfen, weil sie einem Antrag der Arbeiterorganisationen auf Einschränkung der Arbeitszeit zugestimmt hätten. Anfang September wurde nämlich ein vom Bauarbeiter- und Zimmererverband unterzeichnetes Schriftstück an den Landesverband Württemberg gesandt, worin auf die große Arbeitslosigkeit hingewiesen und die Einschränkung der Arbeitszeit auf sieben Stunden verlangt wurde. Der Landesverband entsprach diesem Antrage und richtete an seine Mitglieder in Groß-Stuttgart und Feuerbach die bringende Aufforderung, vom 14. September ab eine tägliche Arbeitszeit von sieben Stunden einzuführen, selbstverständlich aber die vereinbarten Stundenlöhne wie seither ohne jede Kürzung zu bezahlen. Denjenigen Firmen, die Militärbauten ausführen, wurde es freigestellt, sich dieser Maßregel anzuschließen. In einem an die Gewerkschaft ergangenen Schreiben sprach der Landesverband dann die Hoffnung aus, daß, wo eine Abänderung des Tarifvertrages im Interesse der Arbeiter erfolgt wäre, nun auch erwartet werde, daß der § 4 des Tarifvertrages eine Verringerung erfahre insofern, als für auswärtige Militärbauten nicht die tarifmäßigen Zuschläge gefordert würden. Die Antwort lautete dahin, daß wir auf eine derartige Abänderung des Tarifvertrages nicht eingehen könnten. — Die Tiefbau- und Eisenbetongesellschaft versuchte ebenfalls, sich den unglücklichen Geschäftsgang zunutze zu machen; doch der Versuch mißglückte.

Die städtische Arbeitslosenunterstützung in Stuttgart hat eine Veränderung erfahren. Die Sätze sind nunmehr folgende. Es erhalten nach einer Wartezeit von sechs Tagen pro Tag:

Leibige und Vermittlung ohne eigenen Hausstand	50 %
Verheiratete mit höchstens 1 Kind unter 15 Jahren	80 %
" " 2 und 3 Kindern	15 " 100 %
" " 4 " mehr "	15 " 120 %

In der Zahlstelle Taifingen stockt der Geschäftsgang. 2 Betriebe sind geschlossen. Mitglieder sind noch 4 am Orte. Tübingen zählt noch 20 bis 25 Mitglieder. Die Zahlstelle ist weit verzweigt. Es kostete Mühe, für die Bezirke Kaffierer zu gewinnen. In Tullingen war die Konjunktur bis jetzt noch gut. Es sind noch 5 Mitglieder am Orte. Auch in Ulm ist die Arbeitsgelegenheit nicht schlecht. Dort sind noch etwa 30 Mitglieder vorhanden. In Wildbad sind 10 Mitglieder eingezogen, 4 halten die Zahlstelle aufrecht. Hier hatte der Unternehmer L. Koch den Tariflohn um 3 % gekürzt, doch ließ er sich bewegen, diese Maßnahme wieder rückgängig zu machen.

Ein abschließendes Bild über den Stand der Zahlstellen werden erst die Abrechnungen des dritten Quartals geben.

**G. Zenger.**

**Berichte aus den Zahlstellen.**

**Chemnitz.** In der am 30. September im Volkshaus abgehaltenen Mitgliederversammlung sprach Kamerad Malch über die städtische Arbeitslosenfürsorge und die Unterstützungseinrichtungen unseres Verbandes. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, ehrten die Anwesenden das Andenken der für das Vaterland gefallenen Kameraden Otto Geißler, Emil Richter und Paul Müller sowie des durch Unfall zu Tode gekommenen Leonhard Schmidt. Danach erhielt Kamerad Malch das Wort und führte folgendes aus: Viele Städte, hauptsächlich aber die Großstädte, zahlten jetzt einen Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung an die Gewerkschaften. Unsere Stadt zahle folgendes: An verheiratete männliche Arbeitslose täglich 50 %, an ledige und weibliche Arbeitslose 30 %; außerdem an die, die Unterstützung nicht mehr erhalten und an die Nichtorganisierten für alleinstehende Personen M. 5, für verheiratete Arbeitslose daneben für jedes Kind M. 2,50, jedoch darf der Gesamtbetrag M. 15 nicht übersteigen. Weiter müssen die Bezugsberechtigten Reichsdeutsche, am 1. August ein Jahr in Chemnitz wohnhaft gewesen und vor dem 1. August nicht außer Arbeit gewesen sein. Weiter führte Redner die Unterstützungseinrichtungen unseres Verbandes an, wie sie von den Zentralinstanzen beschlossen sind. Maßgebend sei dabei gewesen, möglichst lange mit den Verbandsmitteln zu reichen, damit die Organisation auch nach dem Kriege noch leistungsfähig dastehet. Sodann berichtete Redner über einige Fälle aus den Bezirken, wo die Unternehmer es gewagt haben, die Löhne zu kürzen. Nach diesen Ausführungen setzte eine lebhafteste Debatte ein, in der viele Redner sich mit den jetzigen Unterstützungseinrichtungen nicht einverstanden erklärten. Das wurde durch eine Resolution zum Ausdruck gebracht, in der Protest gegen die getroffenen Maßnahmen eingelegt wurde. Im Punkt „Vermischtes“ wies ein Kamerad auf die vom 1. Oktober kürzere Arbeitszeit hin und forderte die Kameraden auf, diese genau einzuhalten. Weiter berichtete Kamerad Malch über einige Notfälle, wo er Unterstützung gewährt habe, was gutgeheißen wurde. Ein langjähriger Kamerad ist durch Krankheit in der Familie und seinen Eintritt zum Militär mit den Marken in Rückstand gekommen, er fragte an, ob sie ihm aus der Lokalkasse bezahlt werden könnten, was einstimmig bejaht wurde. Ferner wurde der Vorstand noch ermächtigt, in Notfällen die rüd-

ständigen Beiträge aus der Lokalkasse zu bezahlen. Hierauf trat Schluß der gutbesuchten Versammlung ein.

**Duisburg und Umgegend.** Unsere Zahlstellenversammlung fand am 18. Oktober bei Marks in Duisburg statt. Im ersten Punkt der Tagesordnung gab Helbig den Geschäftsbericht. Demnach ist die Mitgliederzahl auf 268 gesunken. Neuaufnahmen sind im Quartal noch 27 gemacht. Zugereist sind 33. Demgegenüber ist der Abgang 273. Es ist zu hoffen, daß die Mitgliederzahl wieder steigt. Die gesamte Einnahme betrug M. 3310,95, die Ausgabe M. 4901,76. Darunter befinden sich M. 1012,80 für die Frauen der im Felde stehenden Mitglieder. Ueber die Unterstützungseinrichtungen während des Krieges sprach der Vorsitzende. Alle Maßnahmen, die bisher von uns getroffen, seien nur als vorläufige zu bezeichnen. Für die Dauer lasse sich die Familienunterstützung nicht aufrecht erhalten. Der Arbeitslosenunterstützung müsse mehr zugewendet werden, obwohl zurzeit in unserer Zahlstelle keine Arbeitslosen vorhanden seien. In diesem Quartal erforderte ihre Unterstützung einen Zuschuß von M. 200,00. Redner kam dann auf die Maßnahmen des Zentralverbandes zu sprechen. Dagegen hatte der Vorstand schon Protest erhoben. Einige Bezirke hatten beantragt, daß zu der heutigen Versammlung ein Vertreter des Zentralverbandes zugegen sein solle. Dem ist aber nicht entsprochen worden. Wenn auch anerkannt wurde, daß heute vom Verbandsrat verlangt würde, so treffen diese Maßnahmen keineswegs auf die hiesigen Verhältnisse zu. Die meisten anwesenden Kameraden haben noch nie Arbeitslosenunterstützung bezogen. Jetzt ist aber jeder enttäuscht, daß sie gekürzt ist, zumal von den hier in Frage kommenden Kommunen ein Zuschuß schwerlich zu erwarten ist. Es wurde eine Resolution angenommen, in der die Zahlstelle ihre Unzufriedenheit mit den getroffenen Maßnahmen ausdrückt, die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung als zu groß bezeichnet und verlangt, daß in Zukunft die Zahlstellen gehört werden. Im dritten Punkte lagen verschiedene Anträge vor. Bezirk Mühlheim beantragt: 1. Daß die Beiträge für Bezugsberechtigte während der Arbeitslosigkeit aus der Zahlstelle bezahlt werden, sofern sie sich wöchentlich mindestens viermal zur Kontrolle gemeldet haben. 2. Daß der lokale Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung 100 pZt. betragen soll. Zur Familienunterstützung beantragt die dazu eingesetzte Kommission: Familienangehörige unserer im Felde stehenden Mitglieder erhalten aus der Zahlstelle pro Woche M. 3 für die Frau und 2 1/2 für jedes Kind. Der Höchstbetrag ist M. 4. Bedingung ist eine 26 wöchige Zugehörigkeit zur Zahlstelle. Die Gesamtsumme, die bezogen werden kann, richtet sich nach der Dauer der Mitgliedschaft und soll betragen:

bis 2 jähriger Mitgliedschaft	M. 35
" 4 " "	" 40
" 6 " "	" 45
" 8 " "	" 50
über 8 " "	" 55

Nach kurzer sachlicher Debatte wurden sämtliche Anträge angenommen. Weiter wurde der Zahlstellenvorstand ermächtigt, zu gegebener Zeit die Ausgesteuertenunterstützung auf Kosten der Zahlstelle zu erhöhen. An Stelle des ausscheidenden zweiten Schriftführers wurde Schröder-Oberhausen und für einen eingezogenen Revisor Jung-Duisburg gewählt. Entschuldigt fehlte ein Delegierter aus dem 8. und einer aus dem 9. Bezirk. Unentschuldig zwei aus dem 2. Bezirk.

**Sundsfeld.** Am 13. Oktober fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die von 19 Kameraden besucht war. Kamerad Schmidt sprach über das Thema: „Der Krieg und unser Zentralverband“. Hierauf wurde die Abrechnung verlesen und genehmigt. Da ein Teil der Vorstandsmitglieder zum Militär eingezogen war, machten sich einige Ersatzwahlen notwendig. Unter „Verschiedenes“ wurde das Ableben der Kameraden Reinhold Gottwald aus Sacrau und Wilhelm Garbe aus Gloschütz in üblicher Weise geehrt. Ersterer ist in einem bayerischen Lazarett verstorben, Garbe ist im Felde gefallen. Es wurde beschlossen, den Frauen der im Kriege Gefallenen anstatt eine Kranzspende eine Geldspende von M. 4 zu bewilligen. Am Schluß gab der Kassierer die Abrechnung der Zentral-Krankenkasse bekannt; er wurde entlastet. Nach Erledigung einiger Anträge fand die Versammlung sodann ihr Ende.

**Magdeburg.** Die Generalversammlung am 18. Oktober im Lokale von Lauben war von rund 50 Kameraden besucht. Die Abrechnung konnte der Kassierer noch nicht vorlegen, weil es ihm nicht möglich war, insofern der Einberufung vieler Unterassistenten sie rechtzeitig fertigzumachen. Die Verlesung des Protokolls der letzten Generalversammlung gab Veranlassung, den Beschluß über die lokale Unterstützung an die Familien der Einberufenen dahin zu ergänzen, daß dabei nur Mitglieder in Betracht kommen, die im Verbandsverhältnis waren, bevor der Beschluß gefaßt wurde. Der vom Vorsitzenden erstattete Geschäftsbericht enthielt interessante Tatsachen über die Art, wie einzelne Unternehmer — bezeichnenderweise immer Mitglieder des Arbeitgeberverbandes — die Not dieser schweren Zeit glauben ausnützen zu dürfen, indem sie in wenig nobler Weise gegen einige Bestimmungen des Tarifs verstoßen. Eine Notiz in der „Volkstimme“, die eine durch nähere Untersuchungen als richtig ermittelte Feststellung enthielt, daß Ganglin, der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, einigen Kameraden zugemutet hatte, ohne Landgeld nach außerhalb zu fahren, und daß er, trotzdem die Barackenarbeiten von der Militärverwaltung offenbar unter der Bedingung vergeben worden sind, daß auch „angemessene“ Löhne gezahlt werden, einzelne Zimmerer immer noch unter dem Durchschnittslohn entlohnte, hatte den Magdeburger Polizeipräsidenten veranlaßt, mittelnd einzugreifen, mit dem Erfolge, daß die „Volkstimme“ von uns die Mitteilung bringen konnte, daß die Unregelmäßigkeiten bei G. beigelegt seien. Eine neuerliche Feststellung ergab ein eigenartiges Bild von dem Bestreben, den Betrag zu eigenem materiellen Vorteil zu durchbrechen. Das Baugeschäft von W. Viehscher baut Baracken und beschäftigt dabei Tischler und Stellmacher zu 54 bis 56 % neben einigen Zimmerleuten. Herr Z. rechkfertigte sich in einer Antwort damit, daß die Tischler keinen Zimmerlohn verlangen könnten, weil sie nicht „mit Stolz und Weis“ arbeiten könnten. Die Versammlung stellte sich hier auf

den auch vom Vorsitzenden vertretenen Standpunkt, daß das, gelinde gesagt, eine Ausrede sei, da doch Herr Lieblicher bekannt sein dürfte, daß für Zimmerarbeiten der Zimmererlohn zu zahlen ist. Aus dieser Fassung geht unzweifelhaft hervor, daß es gar nicht darauf ankommt, welches Werkzeug der oder jener Arbeiter zu handhaben versteht, sondern darauf, welche Arbeiten er verrichtet. Und daß Kopfbandlöcher stemmen und Rahmstränge abbinden Zimmerarbeit ist, bedarf wohl keines Beweises. Wozu sucht denn „Maurermeister W. Lieblicher“ Stellmacher und Tischler durch die Zeitungen? Als dritten Fall gleicher Art bezeichnet der Vorsitzende den Versuch im Baugeschäft von Kusche, Zimmerleute ohne Zuschlag über Land zu schicken. In der Versammlung wurde betont, wie dringend nötig eine neue Regelung der Landgebfrage sei. Trotzdem sei der Versuch von Ganzlin und auch dieser tarifwidrig, weil aus dem bezüglichen Passus hervorgehe, daß Zuschlag für Ueberlandarbeiten wohl zu zahlen ist; nur seine Höhe unterliegt der freien Vereinbarung. Der Hausfriedensbruchspruch, der entstanden war durch einen Strafantrag der Firma Grim & Wilfinger am Sternbrückenbau hat damit geendigt, daß Kamerad Höbde in der Schöffengerichtsverhandlung vom 9. Oktober kostenlos freigesprochen wurde, weil an dem fraglichen Tage die Umzäunung des Baugeländes nicht vollständig gewesen war. — „Die Kriegsmaßnahmen unseres Zentralvorstandes“, der zweite Punkt der Tagesordnung, verursachte eine lange, sachlich scharfe Aussprache. Die Mehrzahl der Versammelten mißbilligte entschieden die Neuregelung der Unterstützungen, obgleich es nicht an Stimmen fehlte, daß man unter Berücksichtigung aller Umstände die Haltung der betreffenden Instanzen verstehen könne. Die Meinung der Versammlung kam schließlich in einer Resolution zum Ausdruck, worin Protest gegen die Maßnahmen eingelegt wird, da es die Versammelten für eine Pflicht der Gewerkschaften halten, der durch den Krieg entstandenen Notlage nachdrücklich zu steuern. Anknüpfend daran wurde beschlossen, den Arbeitslosen einen wöchentlichen Zuschlag von M 3 aus lokalen Mitteln zu gewähren. — „Verbandsangelegenheiten“ gaben einem Redner Veranlassung, den jüngeren zureisenden Kameraden ans Herz zu legen, niemals anders als zu den örtlichen Bedingungen Arbeit anzunehmen.

### Baugewerbliches.

**Der Bauarbeiterschlag in den Kleinstädten.** Wie leichtsinnig mit Leben und Gesundheit der Bauarbeiter umgegangen wird, zeigt wiederum ein Unfall, der sich beim Rathausneubau in Trostberg a. M. am 20. Oktober zugegetragen hat. Der Zimmermeister Untersberger führt an diesem Neubau die Zimmerarbeiten aus. Die Unfallverhütungsvorschriften besagen, daß an der Aufzugsbühne zur Verhinderung des Hinunterfallens von Gegenständen eine Sockellatte oder ein Sockelbrett anzubringen ist. Dies war unterlassen worden, und die Folge war, daß eine Walze, die zum Hineinwalzen des Dachstuhlholzes diente, hinunterrollte und dem unten am Aufzuge beschäftigten Zimmerer senkrecht auf den Kopf fiel. Der Zimmerer brach sofort zusammen. Schwerverletzt trug man den dreiundzwanzigjährigen Mann vom Platze. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Wäre hier die so notwendige Baukontrolle ausgeübt worden, so hätte sich der folgenschwere Unfall nicht ereignet. Hoffentlich wird die Untersuchung dem Schuldigen die ihm gebührende Bestrafung bringen.

**Die Arbeitsgemeinschaft im Baugewerbe und die Kommunen.** Wie das „Hannoversche Tageblatt“ berichtet, hatte die dortige Handwerkskammer am 17. Oktober die Baugewerbetreibenden versammelt, um über Mittel und Wege zur Förderung der Bautätigkeit und Milderung der Arbeitslosigkeit zu beraten. An der Versammlung, die Obermeister Plate leitete, nahm auch Regierungsrat v. Pufendorf als Vertreter des Regierungspräsidenten teil. Obermeister Behre referierte über die Lage des Baumarktes und wies darauf hin, daß die Arbeitslosigkeit bei längerer Dauer des Krieges sicher bedeutend zunehmen werde. Der Staat bemühe sich in Erkenntnis dieser Sachlage, vermehrte Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Von den Städten, besonders auch von Hannover, könne noch mehr getan werden. Die Privatbautätigkeit könne man nur durch Kreditbeschaffung fördern. Von den Genossenschaftsbanken sei hierbei keine Hilfe zu erwarten, weil es sich um Fragen des Hypothekensystems handle, an denen das Baugewerbe schon seit Jahren frant. Daß die Lage ernst sei, beweise das in Berlin beschlossene Zusammengehen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen im Baugewerbe, das etwa 60 000 Arbeitgeber und 1½ Millionen Arbeitnehmer umfasse. In der Versammlung in Berlin sei man auch zu der Ueberzeugung gelangt, daß durch die Ausführung von Staatsbauten und Kommunalbauten allein dem Baugewerbe nicht geholfen werden könne, sondern daß man Mittel für eine Belebung der Privatbautätigkeit beschaffen müsse. Da es sich auch um eine Hilfe für die Arbeitnehmer handle, würden die Versicherungsanstalten wohl in der Lage sein, Mittel für Hypotheken herzugeben. Diese Hilfe werde aber auch nicht ausreichen, und man werde deshalb doch wohl der Gründung von Kriegsdarlehnskassen für diesen Zweck näher treten müssen. Von der Regierung müsse man eine tatkräftige Unterstützung erwarten, wenn es gelingen solle, die Not des Krieges im Vaterlande zu überwinden. In der Besprechung betonte Herr Ziegenhorn, daß die Privatbautätigkeit nur gefördert werden könne, wenn die Stadt billige Bauplätze zur Verfügung stelle und weiter durch Verminderung der Auktionskosten dafür Sorge, daß die Wirtschaftlichkeit der Baunehmungen sichergestellt sei. Die Stadt selbst könne auch Bauten, wie ein Armenhaus und ein Asyl für Obdachlose, wohl ausführen lassen. Bürgervorsteher Mohrbötter sah die Ursache für den Stillstand im Baugewerbe hauptsächlich in den traurigen Hypothekenverhältnissen. Die Arbeitslosigkeit sei nicht so groß, daß man deshalb schon besondere Maßnahmen treffen müsse. Die Stadt habe in der Kriegsfürsorge sehr viel getan, daß sie jetzt mit großen Neubauten hervortrete, werde sicher in der Bürgerschaft nicht gebilligt werden.

In der weiteren Besprechung wurde auch auf die Not der Unternehmer und Handwerker hingewiesen, die für ihre jetzt fertiggestellten Häuser keine Hypotheken bekommen könnten. Hier könne die Stadt helfen, wenn sie den Wert mit vielleicht 50 pSt. garantiere und dafür Darlehensscheine ausbebe. Obermeister Großmann stimmte diesem Gedanken zu, versprach sich aber von der weiteren Förderung der Bautätigkeit in dieser Zeit keinen Segen, sondern hielt es für wichtiger, daß man die Unterhaltungsarbeiten nicht zurückschiebe, sondern dem Handwerk dabei Beschäftigung gebe. Der Vorsitzende faßte dann das Ergebnis der Besprechung in einer Entschließung zusammen, die in folgender Form angenommen wurde: „Die Versammlung der baugewerbetreibenden Handwerker in Hannover-Linden dankt der Staatsregierung für die Erklärung, Staatsbauten mit allen Kräften fördern zu wollen; sie erhofft von den beiden Stadtverwaltungen, daß diese kommunale Bauten in möglichst großem Umfange ausführen lassen; sie beauftragt die Vorstände der baugewerblichen Innungen, geeignete Schritte bei den in Frage kommenden Stellen zu unternehmen, um der Kreditnot des Bauhandwerks und damit der in Aussicht stehenden Arbeitslosigkeit zu steuern, insbesondere durch Fühlungnahme mit den Bestrebungen der Handelskammer.“

### Briefkasten der Redaktion.

\* Nebenstehend beginnen wir mit der Publikation unserer Kriegssterbetafel. Sie weist noch manche Mängel auf, die beim Lesen einleuchten und somit in Zukunft vermieden werden dürften. Die Angaben über die gefallenen Kameraden sind meist unvollständig. Wir bitten, immer angeben zu wollen, wie alt der Gefallene war, ob verheiratet, eventuell auch, ob und welchen Posten er vor seinem Einrücken zum Militär in der Zahlstelle bekleidete, bei welchem Truppenteile er gestanden, welchem Dienstgrade er angehörte und wo er gefallen ist, im Osten oder im Westen. Wir bitten die Zahlstellen wiederholt, auf besondere Todesanzeigen zu verzichten; die in letzter Woche eingegangenen besonderen Todesanzeigen sind bereits in die Kriegssterbetafel eingereicht.

### Versammlungsanzeiger.

**Dienstag, den 3. November:**

**Brandenburg:** Eine halbe Stunde nach Feierabend im „Goldenen Anker“. — **Rheine:** Abends 8 Uhr bei H. Tiefen, Gasthaus „Zur Linde“. — **Senftenberg:** Abends 7½ Uhr bei Schöner in Zültenhof. — **Spremberg:** Bei Paul Bode, Postenstr. 14.

**Freitag, den 6. November:**

**Cassel:** Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus „Kleiner Stadtpark“, Obere Karlstr. 17.

**Samstag, den 8. November:**

**Köslin:** Vorm. 9½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Buchwaldstraße 35.

### Anzeigen.

#### Nachruf.

Am 13. Oktober starb infolge eines Herzschlages unser treuer Kamerad und Mitbegründer unserer Zahlstelle, der Zimmerer

#### Franz Karnatz

im 50. Lebensjahre. [M. 3,90]  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
Die Zahlstelle Gnoien und Umgegend.

#### Nachruf.

Am 14. Oktober starb nach langer, schwerer Krankheit unser Kamerad

#### Hermann Kluge

im Alter von 30 Jahren. [M. 3,90]  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Die Kameraden der Zahlstelle  
Deutsch-Lissa und Umgegend.

### Zahlstelle Posen.

Vom 1. November ab befindet sich unser Bureau und Verkehrslokal

#### St. Martinstr. 4,

im Lokale des Herrn Jarocki.

[70 3]

Der Vorstand.

### Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer Verwaltungsstelle Hamburg (sämtliche Bezirke).

Sonntag, den 8. November, nachm. 4 Uhr:

### Mitgliederversammlung

bei Prinz, Ecke Borgegesch- und Beyerstraße.

Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahl von Revisoren. 3. Bericht vom Krankenkassenverband. 4. Geschäftliche Mitteilungen. [M. 1,20] Der Vorstand.



### Es starben den Heldentod fürs Vaterland unsere Verbandskameraden

aus folgenden Zahlstellen:

**Bauzen:** Herm. Wachs, 32 Jahre alt, verheiratet, am 28. September im Lazarett zu Verdun an den Folgen der Verwundungen. — **Bayreuth:** Konrad Ketsch am 8. Oktober auf dem Schlachtfelde im Westen. — **Bergedorf:** Herm. Kühl am 15. September auf dem Schlachtfelde im Westen. — **Berlin:** Paul Fleischer, 36 Jahre alt, verheiratet, am 9. September in der Schlacht von Lunéville. — **Vernburg:** Franz Großhans am 26. August in Frankreich. — **Bochum:** Karl Hammel, 29 Jahre alt, auf dem westlichen Kriegsschauplatz. — **Bremervörde:** Johann Werner, 29 Jahre alt, verheiratet, auf dem westlichen Kriegsschauplatz. — **Breslau:** Otto Witt, 28 Jahre alt, verheiratet, Paul Goldbach, 29 Jahre alt, verheiratet, auf dem westlichen Kriegsschauplatz; Ernst Britsch, 34 Jahre alt, verheiratet, in Russland. — **Coswig:** Otto Laute am 20. September. — **Duisburg:** Herm. Buchelt, 21 Jahre alt, ledig, Richard Paaf, 22 Jahre alt, ledig, auf dem westlichen Kriegsschauplatz. — **Düsseldorf:** Leo Markowicz am 1. September auf dem westlichen Kriegsschauplatz. — **Eisenach:** Karl Senf, Gefreiter, aus Verfa, am 17. September auf dem westlichen Kriegsschauplatz. — **Egeln:** Otto Schmiedeknecht am 24. August. — **Essen:** Heinrich Vogelei, 26 Jahre alt, in Frankreich. — **Frankenberg i. S.:** Johannes Wagner, 21 Jahre alt, im Infanterie-Regiment Nr. 103, auf dem Schlachtfelde im Westen. — **Freiburg i. S.:** Guido Glausniger, 24 Jahre alt. — **Fürstenwalde:** Karl Diebrich, 26 Jahre alt, am 23. August auf dem westlichen Schlachtfelde. — **Gadebusch:** Karl Habemann, 27 Jahre alt, aus Bodelsdorf, am 20. September auf dem westlichen Schlachtfelde. — **Glauchau:** Max Linus Kunze, 33 Jahre alt. — **Großsch-Pegau:** Otto Hallbrock und Otto Peisch. — **Hamburg:** Peter Kämpfer, 24 Jahre alt, in Frankreich; Hugo Schierholz, 24 Jahre alt, in Belgien; Gust. Thomsen, 35 Jahre alt, verheiratet, auf dem westlichen Kriegsschauplatz; August Hinzmann, 38 Jahre alt, verheiratet, beim Pionier-Bataillon Nr. 9, am 23. September in Frankreich; Wilhelm Markhardt, 24 Jahre alt, ledig, am 5. Oktober in Frankreich; Wilhelm Beckmann, 32 Jahre alt, am 17. September in Frankreich; Herm. Kriege, 32 Jahre alt, ledig, in Frankreich; Bruno Stoltenberg, 30 Jahre alt, verheiratet, verwundet in der Schlacht bei Hohenstein, im Lazarett verstorben. — **Hammer:** Gustav Bahl, 33 Jahre alt, verheiratet, beim Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 34, auf dem Schlachtfelde im Osten. — **Hannover:** Fritz Hundertmark, ledig; Gustav Kistner, verheiratet; Gustav Rostkorf, ledig; sämtlich auf dem westlichen Kriegsschauplatz. — **Jever:** Wilhelm Ballmann, 33 Jahre alt, am 12. Oktober im Lazarett zu Nachen verstorben. — **Kahla:** Max Pfaffendorf; Karl Vög, Musiketier, aus Rothenstein. — **Köslin:** Otto Lange, Kanonier, am 26. September in Frankreich. — **Köthen:** Richard Krummbier, 23 Jahre alt, auf dem westlichen Kriegsschauplatz. — **Lemgo:** Ernst Meier, verheiratet, am 26. August in Frankreich, Vorsitzender der Zahlstelle. — **Lehe-Geestemünde:** Alfred Becker, 21 Jahre alt, im Lazarett; Adolf Windhorst, 28 Jahre alt, ledig, auf dem westlichen Schlachtfelde. — **Mainz:** Andreas Wurfhardt, Kanonier, 37 Jahre alt, aus Oppenheim a. Rh., im Lazarett zu Straßburg i. Elz; Hermann Ende-mann, Seefeldat, 24 Jahre alt, aus Weisenau, bei Antwerpen; Pantraz. Herz, 25 Jahre alt, aus Hechtshelm, beim Infanterie-Regiment Nr. 118, in Belgien. — **Mannheim:** Friedrich Weiß, 27 Jahre alt. — **München-Gladbach:** Heinrich Stratmann, 24 Jahre alt. — **München:** Raver Schnellrieder, 34 Jahre alt; Hugo Kappe, 21 Jahre alt; Johann Boder, 22 Jahre alt. — **Nossen:** Hermann Dencker aus Augustusberg und Arthur Stende aus Obereula, beide in Frankreich. — **Nowawes:** Karl Schreiber am 30. August in Frankreich. — **Odenburg:** Dietrich Schumacher, 30 Jahre alt, Georg Klages, 28 Jahre alt, auf dem westlichen Kriegsschauplatz. — **Pinneberg:** Ernst Dettling, 35 Jahre alt, verheiratet, auf dem östlichen Kriegsschauplatz. — **Riesa:** Max Richter, 24 Jahre alt, am 17. September in Frankreich. — **Schopshelm:** Herm. Lacher, 30 Jahre alt, am 28. September auf dem westlichen Schlachtfelde. — **Senftenberg:** Paul Reche im Lazarett zu Cöln. — **Stettin:** Emil Schröder, Pionier, 25 Jahre alt, am 5. Oktober in Frankreich. — **Striegau:** Peter Häusler am 6. September. — **Stralsund:** Oskar Sander, 26 Jahre alt, am 29. August in Frankreich. — **Stuttgari:** Wilh. Alent, Karl Elsäffer, Julius Enkle und Georg Enkle. — **Tondern:** Ernst Hube, verheiratet, am 26. September in Frankreich. — **Ulm:** Reservist Gottlob Dangel, Pionier, aus Niesheim, 25 Jahre alt. — **Wernigerode:** Karl Duhme, 26 Jahre alt, in Frankreich. — **Winsen a. d. N.:** Herm. Höfer, 24 Jahre alt, auf dem westlichen Kriegsschauplatz. — **Winsen a. d. L.:** Robert Wiebe, 29 Jahre alt, am 8. Oktober an den Folgen der Verwundungen im Krankenbause zu Düsseldorf. — **Witten:** Robert Weiß am 20. September auf dem westlichen Kriegsschauplatz. — **Worms:** Johann Breidwieser, 27 Jahre alt, am 22. August auf dem Schlachtfelde im Westen.

Ehre ihrem Andenken.